Digitalisierung

Ex-Piratin hilft Grünen

● Marina Weisband, ehemalige politische Geschäftsführerin der Piratenpartei, wird künftig die Grünen bei der Erarbeitung ihres Grundsatzprogramms unterstützen. Die Ex-Piratin soll im Bereich Digitalisierung und Automatisierung mitarbeiten. Die grüne Parteispitze hat sechs sogenannte Impulsgruppen zu Themen wie Digitalisierung, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie neuen Fragen der Wissenschaftsgesellschaft und Bioethik gegründet. Im noch geltenden Programm kommt das Stichwort »digital« nur dreimal vor – es stammt aus dem Jahr 2002. »Genau da wollen wir auf die Höhe der Zeit – und noch weiter vorausdenken«,

BRITTA PEDERSEN / PICTURE ALLIANCE / DPA

Weisband bei Parteitag 2017 in Berlin

sagt der politische Geschäftsführer der Grünen, Michael Kellner. Eine gute Digitalpolitik sei eine Zukunftsaufgabe, so Kellner: »Marina Weisband ist eine Koryphäe auf diesem Gebiet.« Das grüne Grundsatzprogramm soll im Frühjahr 2020 beschlossen werden. HÖH

Linke

Wagenknecht will Reform der Rundfunkgebühren

● Die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Sahra Wagenknecht, fordert eine Reform der Gebühren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. »Der Beitrag sollte nach Einkommen gestaffelt werden und für niedrige Einkommen deutlich verringert werden«, so Wagenknecht. Die derzeitige Lösung sei ungerecht. Grundsätzlich sprach sich Wagenknecht für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus. Allerdings solle dieser den Ehrgeiz haben, ein Programm zu machen, das mehr Menschen, etwa auch Jüngere, erreiche. »Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss seinem Auftrag gerecht werden und nicht Seifenopern bringen«, so Wagenknecht. ABE

Betrugsverdacht

Rücktritt auf Antigua nach BKA-Überwachung

● Telefonüberwachungen des Bundeskriminalamts (BKA) haben am Dienstag zum Rücktritt des Energieministers des Karibikstaats Antigua und Barbuda, Asot Michael, geführt. Das BKA hatte bei Ermittlungen wegen Umsatzsteuerbetrugs mit Umweltzertifikaten 2016 ein Gespräch mit dem illustren britischen Investor Peter Virdee Singh und dem deutschen Geschäftsmann Dieter Trutschler abgehört und dabei Hinweise auf Bestechung des Karibikpolitikers erhalten. In dem Telefonat ging es im Zusammenhang mit dem Bau einer Solaranlage um Provisionen in Millionenhöhe, Wahlkampfunterstützung, aber auch um ein Auto für die Mutter des Ministers. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main wirft Virdee vor, Hintermann von Umsatzsteuermanipulationen in dreistelliger Millionenhöhe zu sein, in die damals auch die Deutsche Bank verwickelt war. Trutschler seinerseits war einst – auch durch falsche Angaben – Chef des Elektrizitätswerks in der kosovarischen Hauptstadt Priština geworden und wegen dubioser Zahlungen in Misskredit geraten. Beide Männer bestreiten die Bestechungsvorwürfe und behaupten, sie seien illegal abgehört worden. Der High Court in London hat jedoch die Beweismittel für zulässig erklärt. AUL

SANDRA ROWSE

Queen Elizabeth II., Virdee 2014 in London

Seitenwechsel

Gabriels Alleingang

● Die Bundesregierung hat noch nicht entschieden, unter welchen Bedingungen sie den Wechsel von Ex-Bundesminister Sigmar Gabriel (SPD) in den Verwaltungsrat des geplanten Bahnherstellers Siemens-Alstom genehmigt. Das Bundesministergesetz sieht vor, dass ausscheidende Regierungsmitglieder vor einem Wechsel in die Wirtschaft bis zu 18 Monate pausieren müssen, wenn Interessenkonflikte drohen. Wie lange der Betreffende gesperrt wird, empfiehlt eine Ethikkommission. Das Gremium hat jedoch nach Angaben aus Regierungskreisen seinen Bericht zur Causa Gabriel noch nicht dem Kanzleramt vorgelegt. Der SPD-Politiker geht offenbar bereits davon aus, dass er lediglich zwölf Monate pausieren muss. Er stehe, teilte Gabriel mit, »nach Ablauf eines Jahres nach dem Ausscheiden aus der Bundesregierung zur Verfügung«. Die Pressemitteilung sorgte in der Regierung für Irritation. CSC

Datenschutz

Aufstand in der Union

● In der Unionsfraktion gibt es scharfe Kritik an den neuen Datenschutzvorschriften der EU, die kommende Woche in Kraft treten. Bei einem vertraulichen Treffen von Mitgliedern der Fraktionsspitze mit Vertretern des Innenministeriums wurden massive Vorbehalte gegen die Regelung deutlich. Die Abgeordneten fürchten, dass kleine Firmen und Freiberufler bei Verstößen von Abmahnvereinen und -anwälten zur Kasse gebeten werden. Vizefraktionschef Ralph Brinkhaus sagte, die Regelung fördere die Demokratieverdrossenheit und spiele der AfD in die Hände. Kollege Carsten Linnemann mahnte, wenn die Regierung nichts gegen die Folgen der »Datenschutzgrundverordnung« unternehme, brauche sie künftig nicht mehr über Bürokratieabbau zu sprechen. Die Verordnung sieht zahlreiche neue Dokumentations- und Rechenschaftspflichten vor. Die Fraktionsführung will die Regierung dazu bewegen, bereits auf der Kabinettssitzung am kommenden Mittwoch ein Eckpunktepapier zu verabschieden, das die Praktiken unseriöser Abmahnvereine untersagt. Ein entsprechendes Gesetz soll so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden. Das Innenministerium wurde beauftragt, zu prüfen, ob die Regeln auch rückwirkend angewandt werden können. RAN